

böllpaper

Erneuerung ermöglichen

Impulse für eine zukunftsfähige
Finanz- und Sozialpolitik

Von Phillip Käding und Valentin Persau

Erneuerung ermöglichen

Impulse für eine zukunftsfähige Finanz- und Sozialpolitik

Von Phillip Käding und Valentin Persau

Finanzpolitik und Sozialpolitik sind zwei entscheidende Politikfelder, wenn es darum geht, verlorengegangenes Vertrauen in staatliche Handlungsfähigkeit und die Demokratie zurückzugewinnen. Beide Bereiche haben weitreichenden Einfluss auf die Lebensumstände der Menschen. Reformen in der Finanz- und Sozialpolitik können umfassende Erneuerung ermöglichen, statt nur Bestandsschutz zu betreiben.

Viele Modernisierungsaufgaben der Finanz- und Sozialpolitik waren lange festgefahren, stellen sich angesichts der vielfachen Herausforderungen der Gegenwart aber mit neuer Dringlichkeit: Sei es die Frage, wie das nötige Geld für die Modernisierung unserer Infrastruktur mobilisiert werden kann, wie die öffentliche Hand und der Sozialstaat angesichts des sich zuspitzenden demografischen Wandels effizienter arbeiten können oder wie im öffentlichen und privaten Sektor Arbeit unter den anspruchsvollen Bedingungen der Gegenwart neu organisiert wird. Für eine eigenständige Diskurshegemonie braucht es Visionen, Konzepte und Strategien, die sich an den geopolitischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anforderungen und Realitäten orientieren.

Als Heinrich-Böll-Stiftung wollen wir einen Beitrag zu dem notwendigen Orientierungsprozess in Zeiten vielfältiger Umbrüche leisten. Im Zuge eines längeren Projekts der Stiftung haben wir uns intensiv mit Zukunftsaufgaben und Reformoptionen in der Finanz- und Sozialpolitik beschäftigt. In diesem Zusammenhang haben wir große Fragen der beiden Politikfelder in unterschiedlichen Formaten mit zahlreichen grünen Entscheider*innen, Stakeholdern und Expert*innen diskutiert und daraufhin vier fachliche Reformimpulse in die Debatte eingebracht. Die wissenschaftlichen Studien beschäftigen sich mit der [Zukunftsorientierung des Bundeshaushalts](#) (Peter Bofinger), der [Umsetzung von großen Investitionen](#) (Michael Thöne), den [Antworten des Sozialstaats auf Klimarisiken](#) (Frank Nullmeier) und dem [Fachkräftemangel in zentralen zukunftsrelevanten Branchen](#) (Michaela Evans Borchers). Dabei haben wir die Bedingungen für erfolgreichen Wandel und Reformen ins Zentrum gestellt, weil sie Voraussetzung für den Erfolg eines jeden progressiven Projekts sind – ob wirtschaftliche Erneuerung, Klimaschutz oder soziale Sicherheit.

Wir danken allen, die sich in die unterschiedlichen Formate eingebracht und mit ihren Beiträgen zum Erfolg des Projekts beigetragen haben.

In diesem Paper wollen wir verschiedene Stränge der geführten Diskussionen und analysierten Herausforderungen zusammenführen, sortieren und unsere wichtigsten Schlussfolgerungen auf den Punkt bringen. Im Ergebnis formulieren wir drei Leitlinien für eine zukunftsgerichtete Finanz- und Sozialpolitik. Diese sind als Impuls und nicht als Maßnahmenpaket zu verstehen – und als solche eine Einladung zur weiteren Debatte.

Leitlinie 1: Infrastrukturen zum Ausgangspunkt für Reformen machen

Egal, ob wir die Voraussetzungen für Innovation und neue Wertschöpfung, die Bedingungen für gesellschaftliche Begegnungen oder ein funktionierendes öffentliches Gemeinwesen betrachten: Infrastrukturen stehen im Zentrum – und sie müssen sich durch eine hohe Qualität und Quantität sowie Inklusivität auszeichnen.

Sie sind das Fundament der Gesellschaft und des menschlichen Zusammenlebens. Wenn sie funktionieren und zukunftsfähig sind, kann der wahrgenommenen Erosion der Mitte der Gesellschaft und der oft als gering eingeschätzten staatlichen Leistungsfähigkeit entgegengewirkt werden. Da sowohl die Menschen als auch die Wertschöpfung im Land von hochqualitativen Infrastrukturen profitieren, sind sie der Ausgangspunkt für sozial- und finanzpolitische Zielsetzungen und Reformimpulse.

Am sichtbarsten ist dieser Zusammenhang in der Kommune, denn die Menschen erfahren den Staat vor Ort: an ihrem Wohnort, auf dem Amt oder im Park. Elementar für ein positives Staatsbild und das Vertrauen in die Politik sind deshalb lebenswerte Kommunen, die finanziell so ausgestattet sind, dass sie eine verlässliche öffentliche und soziale Daseinsvorsorge gewährleisten können. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr, gesundheitliche Versorgung und soziale Einrichtungen, aber auch öffentliche Räume und Orte, an denen Menschen sich wohlfühlen und begegnen können.

Eine Politik, die Infrastrukturen und Orte des Zusammenlebens in den Blick nimmt und fördert, kann die Legitimität und Qualität der Demokratie insgesamt verbessern. Die internationale Demokratieforschung betont zunehmend, wie wichtig öffentliche Orte für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Akzeptanz des Staates sind: Der in Harvard lehrende Demokratieforscher Daniel Ziblatt rät, mehr öffentliche Schwimmbäder zu bauen, der Soziologe Eric Klinenberg forderte in seinem Buch „Palaces for the People“ Investitionen in Parks, Bibliotheken und überhaupt analoge Orte der Begegnung.

Darüber hinaus sind inklusive und hochwertige *soziale* Infrastrukturen in der breiten Fläche von zentraler Bedeutung, um die Bevölkerung mit wichtigen sozialen und gesundheitlichen Dienstleistungen zu versorgen – von der nahe gelegenen Hausarztpraxis über verlässliche Kindertagesbetreuung bis hin zu Beratungsstelle oder Pflegedienst. Die vielfältigen Angebote und Dienste vor Ort sind feste Grundpfeiler des Sozialstaats in Deutschland, der Menschen in ganz unterschiedlichen Lebenslagen unterstützt und gleichzeitig von vielen Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten getragen wird.

Eine immense Bedeutung hat die öffentliche Infrastruktur auch für den wirtschaftlichen Erfolg. Die Verkehrs- oder Energiewende gründen auf ihr, sie ist Basis für die Entwicklung von High-Tech-Sektoren und damit zentraler internationaler

Wettbewerbsfaktor in einem Land, das über kaum natürliche Ressourcen verfügt und eine alternde Gesellschaft hat. Und funktionierende Infrastrukturen sind selbst auch die Voraussetzung für staatliche Handlungsfähigkeit und den Erfolg von Modernisierungsprojekten, wie die [Studie „Viel Geld erfolgreich ausgeben“ von Michael Thöne](#) im Rahmen unseres Projekts an verschiedenen Beispielen deutlich macht.

Beide Funktionen der öffentlichen Infrastruktur bergen also ein großes Potenzial für Wertschöpfung, Zusammenhalt und Solidarität.

Leitlinie 2: Modernisierung mit Leben füllen

Nicht nur die Infrastrukturen stehen unter Druck, auch die Betriebe und nicht zuletzt Politik und Verwaltung selbst: Es gibt eine Menge ungelöster Modernisierungsaufgaben, denen sich Deutschland stellen muss. Erst dann haben wir die Chance, den vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart gerecht zu werden und gute Lösungen zu finden – ob beim wirtschaftlichen Strukturwandel, dem technologischen Fortschritt, der Alterung der Gesellschaft oder beim Klimaschutz.

Lange haben gerade Grüne und Progressive im weiteren Sinne sich bei den anstehenden Veränderungen auf Prozesse und Technisches fokussiert: Von Antrieben, Gebäudetechnik oder Netzen über die Strukturen in Behörden sowie Unternehmen bis hin zum alltäglichen Verhalten – alles sollte *transformiert* werden. Dieses technische Verständnis hat in der Praxis viel Unverständnis und Widerspruch hervorgerufen, auch wenn die fachlichen Anforderungen und wissenschaftlichen Grundlagen noch so korrekt gefasst und kommuniziert wurden.

Wir müssen feststellen: Transformationsprozesse sind vielfältig und oft widersprüchlich. Sie entziehen sich mitunter der staatlichen, gesellschaftlichen und individuellen Gestaltung. Multiple Krisenerfahrungen (etwa mit dem Klimawandel *und* der Energiekrise, mit Zöllen *und* schwacher Binnennachfrage) weckten daher Zweifel, ob eine Transformation wirklich zu einer Verbesserung führt.

Politik sollte daher eine pragmatischere Position zur viel beschworenen *Transformation* von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft einnehmen: Hin zu einer Haltung, die Antworten auf den Wandel der Zeit sucht, statt Wandel auf technische Notwendigkeit zu reduzieren. Dazu gehört, die Unsicherheiten, die der Wandel bei den Menschen im Berufs- und Privatleben hervorruft, nicht zu ignorieren oder kleinzureden. Eine glaubwürdige Politik nimmt sich der Fragen und Unwägbarkeiten an, indem sie eben jene Unwägbarkeiten ehrlich benennt und ihnen etwas entgegensetzt – im Bereich Wirtschaft zum Beispiel ganzheitliche Industriestrategien, die eine klare Orientierung vorgeben und gleichzeitig durch Flexibilität den Kommunen und Betrieben Beinfreiheit verschaffen, um lokale Bedingungen berücksichtigen zu können.

Daraus folgt auch, den Sozialstaat bei wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modernisierungsprojekten von Anfang an mitzudenken und ihn gleichzeitig selbst zu

modernisieren. Grundsätzlich ist der Sozialstaat mit seinem breitem Leistungsspektrum ein gesellschaftlicher und individueller Stabilitätsanker und gerade deshalb eine wichtige Voraussetzung für Wandel. Wir stehen momentan vor der doppelten Herausforderung, den Sozialstaat gegen Angriffe zu verteidigen und gleichzeitig Reformen anzustoßen, die seine Funktionsfähigkeit unter erschwerten Rahmenbedingungen sicherstellen. Dazu gehört, dass viele der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen der letzten Jahrzehnte, auf denen der Ausbau des Sozialstaats beruhte, heute nicht mehr in gleicher Weise gegeben sind: Die finanziellen Mittel sind begrenzt durch fehlendes Wachstum, außerdem gibt es eine stärkere Konkurrenz um Staatsausgaben. Hinzu kommt ein Steuer- und Abgabensystem, das stark auf die arbeitende Mitte fokussiert und dabei den vermögendsten Teil der Bevölkerung nicht ausreichend einbindet. Des Weiteren gibt es neue und veränderte Herausforderungen und Bedarfe, die sich insbesondere aus prekärer Arbeit, steigenden Lebenshaltungskosten, der Alterung der Gesellschaft, der Klimakrise und der Digitalisierung ergeben. Auch die heutzutage vielfältigeren Lebensweisen und Familienmodelle sowie Fragen der Einwanderung und Integration treffen auf sozialstaatliche Institutionen und Arrangements, die für inzwischen zum Teil überkommene gesellschaftliche Wirklichkeiten geschaffen wurden.

Es gilt, in eine Phase der Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme einzutreten, in der es in erster Linie darum gehen muss, uns an die veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realitäten anzupassen. Weder das starre Festhalten am Bestehenden noch der pauschale Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften in Zeiten großer Unsicherheiten werden den Herausforderungen der Gegenwart gerecht.

Die Modernisierung des Sozialstaats betrifft – unter anderem – die folgenden Bereiche, die hier nur kurz und knapp angerissen werden können:

Steigende sozialpolitische Bedarfe durch die Alterung der Gesellschaft

Ein zeitgemäßer Sozialstaat braucht langfristige Antworten auf die Alterung der Gesellschaft, die mit steigenden Hilfebedarfen und Kosten für die Alterssicherung und Gesundheitsversorgung einhergeht. Schon heute machen diese beiden Bereiche etwa zwei Drittel des Sozialbudgets aus. Verschärft wird die Situation durch einen wachsenden Fachkräftemangel in den zugehörigen Professionen und in der Sozialverwaltung selbst. Kluge Reformen im Gesundheitswesen und in der Alterssicherung sind dringend geboten, damit die Menschen sich weiterhin auf das Leistungsversprechen der sozialen Sicherungssysteme verlassen können. Gleichzeitig können wir es nicht gelten lassen, wenn Demographie als Vorwand für Sozialabbau ins Spiel gebracht wird. Vielmehr braucht es tragfähige Konzepte zur Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, an der sich alle gemäß ihrer Leistungsfähigkeit beteiligen.

Ein hohes Beschäftigungsniveau im demographischen Wandel

Auch für die Wirtschaft, die Sicherung der sozialen Daseinsvorsorge und die Umsetzung von Klimaschutz ist die Alterung der Gesellschaft eine zentrale Herausforderung, wie die Studie „[Fachkräfte gesucht](#)“ von [Michaela Evans-Borchers](#) zeigt. Strategien zur Fachkräftesicherung in vielen Branchen sind auf einen modernen Sozialstaat angewiesen: auf eine Betreuungsinfrastruktur für Kinder und Unterstützung bei Pflegeaufgaben. Dies ermöglicht in einer nach wie vor durch Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern geprägten Gesellschaft vor allem Frauen, ihre berufliche Arbeitszeit entsprechend ihren Präferenzen erhöhen zu können. Erforderlich sind auch eine passgenaue Weiterbildung und Qualifizierung, die Beschäftigten den Übergang in neue Jobs erlauben. Außerdem sind die Bereiche der sozialen Daseinsvorsorge darauf angewiesen, dass zugewanderte Menschen in den Arbeitsmarkt integriert und junge Menschen beim Schulabschluss und Übergang in eine Ausbildung unterstützt werden. All diese Aufgaben erfordern Zukunftsinvestitionen. Diese als rein konsumtive, soziale Kosten abzutun, greift zu kurz und verstellt den Blick auf politische Optionen eines ermöglichenden Sozialstaats.

Gestiegene Lebenshaltungskosten

Ebenso ist es notwendig, die hohen Lebenshaltungskosten in den Blick zu nehmen, die Abstiegsgänge in der Mitte der Gesellschaft befeuern. Die finanzielle Belastung allein durch das Wohnen ist vielerorts deutlich gestiegen. Verunsicherungen wiegen hier besonders schwer, weil Grundbedürfnisse wie Schutz, Selbstbestimmung und Zugehörigkeit in Frage stehen. Hier Verbesserungen zu erwirken und Unsicherheiten zu beseitigen, sollte ein Schwerpunkt progressiver Politik sein. Auch Sorgen vor überfordernden Klimakosten sollten nicht übergangen oder abgewertet werden. Es geht stattdessen um eine faire Kostenverteilung und zielgenaue Unterstützung. Wie die [Studie von Frank Nullmeier](#) zeigt, ist die Bearbeitung ökosozialer Risiken eines der Modernisierungsfelder des Sozialstaates, um Sicherheit im Wandel zu stärken.

Bürgerfreundliche und effiziente Sozialverwaltung

Schließlich muss der Maschinenraum des Sozialstaats selbst in den Blick genommen werden. Es ist gut erforscht und dokumentiert, dass notwendige und legitime Unterstützung häufig gar nicht bei den Leistungsberechtigten ankommt, weil diese an komplizierten Anträgen und der Bürokratie scheitern. Bei Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) oder der Grundsicherung im Alter trifft das auf mehr als die Hälfte der Berechtigten zu. Gerade wenn mehrere Bedarfe in einem Haushalt zusammenkommen, zum Beispiel für die zusätzliche Unterstützung von Kindern, bei den Wohnkosten oder für nicht gezahlten Unterhalt, verirren sich die Menschen schnell in einem Wirrwarr aus unterschiedlichen Zuständigkeiten. Statt in einer belastenden Lebenssituation schnelle Unterstützung zu bekommen, wird der Sozialstaat selbst zu einer zusätzlichen Belastung. Dahinter steckt nicht selten politisch erzeugtes

und institutionalisiertes Misstrauen gegenüber Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind. Diese Haltung und den damit einhergehenden Aufwand für die Sozialverwaltung können wir uns als Gesellschaft nicht länger leisten.

Leitlinie 3: Investieren in die Zukunft

Die verschleppte Modernisierung der Infrastruktur in Deutschland, die Bekämpfung der Klimakrise sowie zeitgleicher weiterer Krisen und die skizzierte Erneuerung des Sozialstaats erfordern gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, die viel Geld kosten. Und nicht nur das. Modernisierungsprojekte konkurrieren mit anderen zentralen Staatsaufgaben um finanzielle Mittel: von Gesundheit und Bildung bis zur inneren und äußeren Sicherheit. Somit ist es nicht überraschend, dass die Angriffe auf den Sozialstaat massiv zugenommen haben.

Doch es gibt mehr Antworten als eine reine Konkurrenz um knappe Mittel: Es ist breiter wissenschaftlicher Konsens, dass für zukunftsorientierte Investitionen eine staatliche Schuldenaufnahme sinnvoll ist. Hierfür braucht es neue und klare Regeln. Das gilt auch und erst recht nach dem einmaligen 500-Milliarden-Euro-Sondervermögen und dessen wenig zukunftsorientierter Umsetzung in den Haushalten 2025 und 2026, wie [Peter Bofinger in seiner Studie analysiert](#). Denn die Reform aus dem Frühjahr 2025 krankt an einem Geburtsfehler: Sie wurde der strategischen Einigung auf politische Ziele sowie strukturellen Begleitreformen vorangestellt. Zudem wurde für die umfangreichen Infrastruktur- und Klimainvestitionen – im Gegensatz zu den Rüstungsausgaben – ein einmaliger, fixer Betrag bereitgestellt (500 Milliarden Euro), statt eine „atmende“ Regel zu schaffen. Nach der Einigung war zu beobachten, wie die Leitplanken „Infrastruktur“ und „Klimaschutz“ umgangen wurden und die Zusätzlichkeit in den Hintergrund geriet. Erst kam das Geld, dann die Idee.

Die Folgen werden wir in den Debatten um weitere Reformen in den nächsten Jahren spüren. Doch schon jetzt lassen sich Schlüsse ziehen, die über Schuldenpakete und Haushalte hinausreichen.

Auf der **ersten Ebene** braucht es eine Korrektur des Konstruktionsfehlers, der oben angesprochen wurde: Ob es eine angepasste „goldene Regel“ für mehr Investitionen, eine Zukunftsquote oder eine reine Dynamisierung der aktuellen Schuldenregel wird – die Investitionsfrage ist noch nicht gelöst. Dabei drängen progressive Vorschläge auf mehr Transparenz, Zukunftsorientierung und Verantwortung. Die finanzpolitischen Studien von Peter Bofinger und Michael Thöne in dieser Reihe machen zu den ersten beiden Punkten – Transparenz und Zukunftsorientierung – konkrete Vorschläge.

Bei der Verantwortlichkeit der Finanzierung hat eine neue Debatte über Steuergerechtigkeit begonnen. Dieser müssen sich alle Parteien stellen und ein Kompromiss sollte nach der Sachlage möglich sein: Da hierzulande 40 Prozent der Bevölkerung über keine nennenswerten Ersparnisse verfügen, während das oberste Prozent über fast ein Drittel

des Vermögens verfügt, braucht es Wege, den erstgenannten 40 Prozent den Vermögensaufbau zu ermöglichen und gleichzeitig eine stärkere Beteiligung an der Finanzierung der Solidarsysteme jener zu organisieren, die bisher noch nicht proportional zu ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen. Tragfähige wirtschaftspolitische Konzepte berücksichtigen bei dieser Aufgabe den Unternehmensbestand und private Investitionsfähigkeit und federn so ungewollte Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort ab. Dieser Korridor ist eigentlich bekannt und nun mit politischem Kapital zu füllen.

Auf der **zweiten Ebene** sollte das Ziel, mehr in die Zukunft zu investieren, auch einen strategischen Fokus der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik beinhalten. Es braucht diesen Zukunftsfokus auf wirtschaftliche Dynamisierung und Modernisierung, um das Potenzialwachstum in Deutschland zu steigern. Nicht nur, aber auch, weil eine laufende Wirtschaft die zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Finanzierung des Sozialstaats ist. Das bedeutet mehr Wirkungsorientierung – nicht als Schlagwort, sondern als zentrales Kriterium für Investitionsentscheidungen: Es sollten stets die effizienteste Förderung, der direkteste Weg und der größte Hebel zu privaten Folgeinvestitionen gewählt werden.

Diese Art wirtschaftlicher Zukunftsorientierung darf aber – und hier wird es trickreich – kein neues bürokratisches Dogma sein. Wer, wie kürzlich aus der Regierung vernommen, jegliches Handeln daran messen will, dass kurzfristig das Wirtschaftswachstum ansteigt, verwechselt Anfang und Ende. Denn die Probleme der deutschen Wirtschaft sind strukturell. Vom Stand der demografischen Entwicklung über den gerade erst beginnenden technologischen Rückstand Deutschlands bis zur Energiewende befinden wir uns nicht in einer Zeit, in der kurzfristige Impulse oder andere „Quick Fixes“ nachhaltiges Wachstum erzeugen. Stattdessen werden Innovation, bessere Infrastruktur vor Ort und eine gut und digital ausgebildete Arbeitsbevölkerung ihre „Wachstumsdividende“ erst langfristig auszahlen.

Und schließlich sollte die Politik auf einer **dritten Ebene** das Projekt der Zukunftsinvestitionen auf alle zukunftsrelevanten Bereiche ausweiten. Zu wissen, wo und wie Wertschöpfung entsteht und dies zu fördern, ermöglicht uns auch, diese strukturellen Potenziale in der Bildung, Arbeit und bei sozialen Infrastrukturen zu heben. Hier muss selbstverständlich massiv investiert werden und vor allem brauchen auch diese Bereiche ein „Investitions-Mindset“. Wirksamkeit und Funktionsfähigkeit sollten die Leitplanken für Reformen sein. Dafür gibt es u.a. in den Bereichen der frühkindlichen Bildung oder der Gesundheitsförderung seit Jahren erprobte Beispiele, aber auch ungehobene Potenziale. Nun müssen wir von Einzelbeispielen zu einer besseren Wirksamkeit in der Fläche kommen.

Der Handlungsdruck steigt, die Spannungen bleiben

Viele der hier angerissenen Ideen und Ansätze werden in den vier Studien dieses Projekts vertieft, flankiert und geordnet dargestellt. Wichtig ist uns, die Finanz- und Sozialpolitik im Verhältnis zueinander zu sehen und beide Seiten gut im Blick zu haben.

Gleichzeitig liegen viele Herausforderungen natürlich quer zu den Themen unserer vier Studien. Die drei hier vorgestellten Leitlinien können helfen, ihnen zu begegnen: in Infrastrukturen investieren, Modernisierung als Projekt verstehen und eine Investitionshaltung entwickeln, die konsequent auf die Zukunft ausgerichtet ist. Unser Ansatz birgt jedoch auch weitere Spannungsfelder. Zwei davon sind für diese Politikfelder entscheidend:

Die Grenzen der Politik, die liefert

Die Erwartung, dass Bürger*innen eine Politik, die tatsächlich vollumfänglich „liefert“, irgendwann anerkennen und positiv annehmen werden, wird sich kaum erfüllen. Die Politik bleibt eingebettet in größere gesellschaftliche Zusammenhänge. Wenn politische Akteure Bilder von „180-Grad-Wenden“ und „Neuanfängen“ überreizen, ist die Enttäuschung vorprogrammiert, wie die Union nach der letzten Bundestagswahl erfahren musste. Politische Inhalte müssen durch gute politische Kommunikation übersetzt und an die Menschen gebracht werden. Doch demokratische Kräfte haben zunehmend die Deutungshoheit über ihre eigenen Politiken verloren, auch durch neue mediale Logiken und Akteur*innen. Auf Social Media spielen Ideologie, Zuspitzung und allgemein Emotionen eine große Rolle – Aspekte, die nicht sachlich „geliefert“ werden können.

Gleichzeitig bedeutet das nicht, den Output politischen Handelns aus dem Blick zu verlieren. Denn der lässt zu wünschen übrig: von der maroden Infrastruktur über die verschleppte Digitalisierung bis zum Mangel an bezahlbaren Wohnungen lassen sich zahlreiche Beispiele finden – von den Problemen bei Bahn und Bundeswehr ganz zu schweigen. Angesichts dieser Missstände stellen die Menschen nicht pauschal zu hohe Erwartungen an den Staat. Doch sie verlangen, dass die Politik sich auf das Wesentliche fokussiert. Und dieser Fokus erfordert bessere Bedingungen – wie wir sie in den vier Studien für Investitionen, Umsetzungskapazitäten, Fachkräftesicherung und Soziales beschreiben. Für diese Bedingungen des Gelingens, die zur Verbesserung der staatlichen „Performance“ beitragen, sind jedoch nicht alleine Bundespolitiker*innen verantwortlich.

Wer ist der Staat?

Der zweite Fallstrick besteht darin, bei staatlicher Handlungsfähigkeit nur an Bundesbehörden oder überhaupt hoheitliche Stellen zu denken. Angesichts knapper Mittel,

digitaler Polarisierung und der breit besprochenen leidenden Infrastrukturen steigt die Bedeutung breiter Allianzen und der Zusammenarbeit vor Ort. Jeder neue Treffpunkt und jedes Modernisierungsprojekt brauchen mindestens drei Dinge: diverse Partner, die gemeinsam anpacken, einen klaren Plan zur Beteiligung der Menschen vor Ort und die Garantie, dass die neuen Strukturen von der Gemeinschaft getragen und langfristig genutzt werden. Ja, die Institutionen müssen funktionieren, aber sie müssen auch „atmen“ – also offen für Vorschläge und pragmatische Veränderung sein. Engagement, geteilte Verantwortung und Vertrauen in die vielen nichtstaatlichen Akteure, die staatliches Handeln unterstützen und bisweilen erst ermöglichen, werden immer wichtiger. Momente des Aufbruchs entstehen auch, wenn sich Menschen gegenseitig inspirieren und vor Ort an einem Strang ziehen, um Ziele zu erreichen. In der Energiewende lässt sich das beispielsweise beim Boom von Balkonkraftwerken und im Erfolg der kommunalen Bürgerenergie beobachten. Solche Leuchttürme brauchen wir auch in der Finanz- und Sozialpolitik. So können Städte Grüne Anleihen herausgeben, um ihre Projekte zu finanzieren; oder Betriebe, Behörden und Schulen können in lokalen Bündnissen Methoden der Arbeitsvermittlung gemeinsam neu aufsetzen. Nicht wegzudenken sind dabei die vielen Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten, die für die Zukunft arbeiten und sich einsetzen.

Das kritische Nachdenken über die Grenzen staatlicher Leistungsfähigkeit darf natürlich nicht von notwendigen Reformen ablenken. Gerade jetzt wäre Zaghaftigkeit unangebracht. Doch ganz im Sinne des oben beschriebenen Blicks auf „Transformation“ müssen diese Bedingungen mitgedacht werden. Wir laden daher herzlich ein, unsere Reformimpulse für den Haushalt, für die Investitionsfähigkeit des Staates, die Berücksichtigung von Klimakosten in den Sozialsystemen und für das Management des Fachkräftemangels in Zukunftssektoren aufzugreifen, darüber mit uns ins Gespräch zu kommen und eigene Schlüsse zu ziehen.

Die Autoren

Valentin Persau ist Referent für Sozialpolitik bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Er arbeitet zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, zum Wandel der Arbeitsgesellschaft und zu sozialen Fragen der Klimatransformation. Er studierte Politikwissenschaft und Philosophie (B.A.) in Mainz und Sozialpolitik (M.A.) in Bremen. Zuletzt war er als Referent in der Bundespolitik und für einen Wohlfahrtsverband tätig.

Phillip Käding ist Referent für Wirtschaft und Finanzen bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Er beschäftigt sich mit einem breiten wirtschaftspolitischen Themenspektrum vom nachhaltigen Finanzsystem bis zur Industrie der Zukunft. Er studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Friedrichshafen sowie Entwicklungsökonomie an der London School of Economics and Political Science. Zuletzt war er als Projektleiter in der Nachhaltigkeitsberatung tätig.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, D-10117 Berlin

Fachkontakt: Valentin Persau, Referat Sozialpolitik, persau@boell.de
Phillip Käding, Referat Wirtschaft und Finanzen, kaeding@boell.de

Layout: Sebastian Langer, feinkost Design, www.feinkost-design.de

Erscheinungsort: www.boell.de

Erscheinungsdatum: April 2026

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.

Weitere Publikationen zum Download unter: www.boell.de/publikationen